

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Grün-Schwarz-Gelb deckt unrealistische Sparpläne des Bezirksamts

Bericht aus der 29. Tagung der BVV Pankow

Am Abend des 5. März 2025 kam die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu ihrer 29. Tagung in dieser Wahlperiode zusammen. Es war die erste Sitzung nach der Bundestagswahl, aber wer deshalb die Erwartung hatte, dass es weniger belebt zugehen würde, wurde enttäuscht. Zwar waren deutlich weniger Besucher*innen anwesend als zuletzt. Der Debattierfreudigkeit der Bezirksverordneten tat dies jedoch keinen Abbruch.

Zuvorderst wurden die Bezirksverordneten enttäuscht, die von Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (Grüne) einen Bericht von der lang geplanten Reise der Pankower Delegation in die israelische Partnerstadt Ashkelon im Februar erwartet hatten. Dass Dr. Koch in ihrem üblichen Bericht vor der BVV die Delegationsreise mit keinem Wort erwähnte, ist exemplarisch für die stiefmütterliche Behandlung, die die Städtepartnerschaften Pankows unter ihrer Amtsführung bisher erfahren. (Unseren Bericht zur Ashkelon-Reise finden Sie auf Seite IV.)

Für besonders hitzige Diskussion sorgte ein Antrag der Linksfraktion mit dem Titel „Kommunale Angebote der Kinder- und Jugendarbeit erhalten“, der eine der fragwürdigen Sparmaßnahmen des bezirksamtlichen Sanierungskonzepts adressierte. Das Bezirksamt hofft durch die Übertragung von kommunalen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in

freie Trägerschaft Kosten einzusparen. Vor den Folgen einer solchen Übertragung warnen wir eindringlich.

Denn die vermeintlichen Einsparpotentiale, die Bezirksamt und Senat glauben entdeckt zu haben, sind in Wahrheit der unterschiedlichen Kostenerfassung von freien Trägern und kommunalen Einrichtungen geschuldet. Auf die kommunalen Einrichtungen entfällt ein vergleichsweise hoher Umlagekostenanteil, der sich bspw. aus Instandhaltungskosten für Gebäude oder Kosten für Energie, Wasser und Kommunikation zusammensetzt. Entsprechend ergibt sich ihr unterschiedliches Abschneiden in der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) und durchaus bestehende Budgetgewinne der kommunalen und freien Träger werden übersehen. Übertragungen kommunaler Einrichtungen in freie Trägerschaft wären keine Lösung, sie würden auch Folgekosten generieren – allein schon aufgrund des hohen Umsetzungsaufwandes.

In jedem Fall stellen sie eine tiefgreifende Zäsur für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk dar, denn durch den Trägerwechsel würde die dazugehörige, über Jahre gewachsene und sensible Beziehungsarbeit gefährdet. Unsere Fraktion hat zudem Anlass zur Befürchtung, dass letztlich hiermit die Tür zur Schließung von Einrichtungen geöffnet werden soll. Es

müsste sich schließlich ein freier Träger finden, der teils sanierungsbedürftige Einrichtungen übernehmen könnte. Bei der aktuellen bezirklichen Haushaltslage, aber auch angesichts der weiterhin drohenden Landeskürzungen, ist davon kaum auszugehen. Entsprechend forderte unser Antrag andere Möglichkeiten zu finden, um die desolade Haushaltslage zu verbessern und die kommunalen Einrichtungen zu erhalten.

Insbesondere die Grüne Fraktion wollte davon aber nichts wissen. Wie im letzten Jahr wurden alle Sparmaßnahmen in der BVV als „Panikmache“ abgestritten, am Ende kam dann aber doch immer alles so, wie von uns vorhergesagt – meist sogar noch schlimmer. Vom Rechthaben können wir uns auch nichts kaufen, aber die Intransparenz hinterlässt unnötig verbrannte Erde. Es ist Aufgabe der BVV das Bezirksamt zu kontrollieren, die grünen Bezirksverordneten stellen sich aber immer wieder kritiklos vor ihre Bezirksbürgermeisterin.

Ein Hoffnungsschimmer blieb: Trotz der irrlüchternen Debattenbeiträge verschlossen sich die Grünen sowie ihre Zählgemeinschaftspartner CDU und FDP zumindest nicht einer Überweisung des Antrags in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss sowie den Ausschuss für Finanzen. Wir werden weiter berichten.

Drucksachen



Verbesserung der sozialen Beratung und Antragshilfe im Bezirk Pankow

In Pankow bestehen weiterhin große Lücken in der sozialen Beratung, insbesondere bei der Unterstützung von Menschen, die auf Hilfen zur Pflege angewiesen sind. Es fehlt vor Allem an systematischer Assistenz bei der Antragstellung. Die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung übernimmt diese Aufgabe nicht, was die Situation zusätzlich erschwert.

In Tempelhof-Schöneberg wurden drei Stellen aus der Sozialen Wohnhilfe in die Allgemeine Soziale Beratung überführt. Das hat dort die Situation der sozialen Beratung, insbesondere zur Antragstellung für soziale Leistungen, verbessert. Wir fordern deshalb, dass geprüft wird, ob auch in Pankow eine derartige Umstrukturierung erfolgen kann, um die Menschen im Bezirk besser zu unterstützen. (Drucksache IX-1127)



Strandbad Weißensee bei der Bewältigung der erhöhten Grundsteuer unterstützen

Das Strandbad Weißensee ist ein hoch frequentierter städtischer Naherholungsort in Pankow-Weißensee, und ein beliebter Badeort für viele Pankower*innen – auch mit kleinem Geldbeutel.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer um fast 5000% werden die Betreibenden des Strandbades jedoch vor eine immense Herausforderung gestellt. Die im Januar 2025 neu berechnete Steuer zieht nun einen Wert des Grundstücks in Höhe von 24 Millionen Euro als Berechnungsgrundlage heran. Das führt zu einer Erhöhung



Fehlende Hilfsangebote in Berlin-Buch initiieren

Die soziale Lage in Berlin-Buch hat sich in den vergangenen Monaten verschärft. Rund um den S-Bahnhof sind vermehrt Menschen in schwierigen sozialen Situationen anzutreffen. Die fehlenden Hilfsangebote vor Ort führen dazu, dass Probleme ungelöst bleiben und sich weiter zuspitzen. Das Bezirksamt muss daher umgehend ein System der aufsuchenden Straßensozialarbeit initiieren, das den Menschen vor Ort Unterstützung anbietet. Damit kann gezielt geholfen werden – durch Beratung, Unterstützung und Vermittlung in weiterführende Hilfsangebote. Gleichzeitig trägt dies dazu bei, das Miteinander im Kiez zu stärken und Anwohner*innen zu entlasten. Es müssen zeitnah geeignete Freie Träger gewonnen werden, die niedrigschwellige Sucht- und Schuldenberatung vor Ort und regelmäßig anbieten können. Auch die Zusammenarbeit mit der Männerunterkunft in Berlin-Buch ist zu intensivieren, um Menschen in prekären Lebenslagen besser zu unterstützen. (Drucksache IX-1126)

März ist Frauenmonat: **Und was bringt die Zukunft?**



Von Susanne Kühne,
Gleichstellungspolitische
Sprecherin

Am 8. März war Frauentag. Für viele Frauen ist dieser Tag traditionell auch ein Frauentag. Grundlegend gibt es in unserer Gesellschaft noch viel zu tun und so ist der Equal Pay Day in diesem Jahr einen Tag vor-

her, am 7. März, das heißt, bis zu diesem Tag haben Frauen faktisch unentgeltlich gearbeitet. Das ist immer noch eine zu große Lücke, als dass sie ignoriert werden könnte. Fortschrittlicher darf es auch hinsichtlich des Frauenanteils im Deutschen Bundestag sein: Dieser lag zum 1. Februar 2025 bei 35,7 %, womit wir im internationalen Vergleich auf Platz 44 liegen*. Und beim Global Gender Gap Report hat es Deutschland geschafft, sich von einst Platz 6 auf Platz 7 zu verschlechtern.

Fortschritt geht eindeutig anders. Auch in Pankow. Ein gutes Beispiel sind hier die für eine zunehmende Anzahl an Frauen wichtigen Angebote von Trägern, bei deren Zuwendungen die Tarifangleichung nicht berücksichtigt wurde, was dazu führte, dass einige Mitarbeiter*innen teils ihre Arbeit verkürzten. So lässt sich auch kürzen! Fraglich ist hier, was für das kommende Jahr zu erwarten ist, denn auch der Gleichstellungsbereich ist von den Sparmaßnahmen bedroht.

Wenn wir als Linke von Gleichstellung sprechen, dann schließt das für uns natürlich auch Diversität mit ein. Nicht hinnehmbar ist für uns, dass beide Themen im Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung kaum noch Beachtung finden. Es liegt also noch ein gutes Stück Arbeit vor uns, auch, weil u.a. seit Januar das Gleichstellungsbüro im

Bezirksamt faktisch nicht besetzt ist. Dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten vakant werden würde, war bereits im November klar. Ausgeschrieben wurde die Stelle allerdings erst im März. Das zeigt, welche Priorität dem Thema gewidmet wird.

Die Istanbul-Konvention muss endlich umgesetzt werden

Ebenso ist für uns nicht hinnehmbar, dass Anträge zur Istanbul-Konvention anscheinend immer noch nicht vollständig bearbeitet wurden und die dafür vorgesehene Stelle hierfür immer noch nicht besetzt wurde. Erschütternd ist hier auch anzumerken, dass das Interesse für diese Themen über unsere Fraktion hinaus eher spärlich ist. Dabei sind die Bedarfe immer größer und eine zunehmende Anzahl an Frauen braucht mehr Unterstützung. Neben Femiziden in Deutschland zeigt dies der Pankower Frauengesundheitsbericht deutlich. An einigen Orten in Pankow hat die Gewalt gegen Frauen zugenommen und es gibt einen eindeutigen Bedarf an Hilfs- und Präventionsangeboten. Hier ist schnelles Handeln statt Verschleppung gefordert. Umso wichtiger ist es, dass wir die Öffentlichkeit stärker für Gleichstellungsthemen sensibilisieren und den Themenbereich im Ausschuss und auch in der BVV stärker einfordern.



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende und Felix Fischer, Fraktionsgeschäftsführer

Pankow bleibt #unkürzbar – Kiezversammlung zeigt Handlungsbedarf auf

Am 22. Januar haben wir zur Kiezversammlung mit Pankows Trägern, Vereinen und Initiativen eingeladen, um uns über die massiven Kürzungen im Land und im Bezirk auszutauschen, Vernetzung zu ermöglichen und Formen des Widerstands zu entwickeln. Rund 40 Vertreter*innen freier und kommunaler Träger der Sozial-, Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit folgten unserer Einladung und verdeutlichten, wie hoch der Bedarf an wechselseitiger Unterstützung und Transparenz ist. Die Unsicherheit ist groß und hat sich in den letzten Monaten zugespitzt. Viele Träger wurden nicht rechtzeitig informiert, Förderzusagen fehlen, Mittel wurden drastisch gekürzt. Die Kürzungen des CDU-SPD-Senats sind aber weder planlos noch zufällig, sondern eine politische Entscheidung. Es geht um den gezielten und schrittweisen Abbau des Sozialstaates zu Gunsten von Eliten, die sich mit Olympia und Magnetschwebbahn in Stadtbild und Stadtgeschichte ein Denkmal setzen wollen. Seit Jahren erleben wir, wie die Bezirke kaputtgespart werden. Jetzt macht man keinen Hehl mehr draus, dass die soziale Infrastruktur gezielt zertrümmert wird. Nach der ersten Kürzungswelle mit 3 Milliarden Euro folgt im kommenden Doppelhaushalt die zweite. Berlin soll weitere

4 Milliarden Euro einsparen. Das wird auch Pankow hart treffen.

Diese Kürzungen sind keine abstrakten Zahlen, sie haben ganz konkrete Folgen. Wenn Anlaufstellen für Jugendliche wegfallen, bedeutet das weniger Schutzräume und auch Bildungsangebote für junge Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Wenn Sozialberatungen gestrichen werden, bleiben Menschen in Krisensituationen ohne Hilfe. Wenn Kultur- und Freizeitangebote eingestampft werden, nehmen Isolation und soziale Ungleichheit weiter zu. Das sind Entwicklungen, die sich nicht einfach rückgängig machen lassen und die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, weil sie aktive Teilhabe verhindern. Die Folgekosten, gerade für unsere Demokratie, sind nicht bezifferbar, aber überall sichtbar! Für uns ist klar: Dieser Kahlschlag ist nicht alternativlos. Statt Kürzungen müssen wir mehr investieren! Das ist nötig und möglich. Die Kürzungen sind kein notwendiges Übel, sondern das Ergebnis falscher politischer Schwerpunktsetzung. Politische Entscheidungen sind kein Naturgesetz, sondern veränderbar.

Wir haben mit der Kiezversammlung einen ersten wichtigen Schritt gemacht, um uns solidarisch gegen den Kürzungswahn zu

stellen! Viele Teilnehmende fordern zu Recht eine stärkere Einbindung in politische Entscheidungen und wollen eng zusammenstehen, anstatt gegeneinander ausgespielt zu werden. Wir unterstützen die Vernetzung und Entwicklung einer gemeinsamen Strategie gegen den Kürzungskurs und organisieren am 10. April 2025 um 18 Uhr in der Fröbelstraße eine Folgeveranstaltung. Mit Blick auf die kommenden Haushaltsplan-aufstellungen werden wir Möglichkeiten im Bezirkshaushalt ausloten und gemeinsam beraten, wie wir unsere Proteste verstärken, die Trägerlandschaft vor weiteren Einschnitten schützen und Senat und Bezirksamt deutlich machen, dass wir diese Politik nicht akzeptieren.

Wir stehen fest an der Seite der Träger, Vereine und Initiativen – jetzt und immer! Ihre Arbeit ist unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. An bestimmten Stellschrauben kann die Kommunalpolitik nicht drehen, wie das Ausreizen von Kredithöhen oder die Abschaffung der Schuldenbremse. Anderes aber kann nur die Kommunalpolitik machen, nämlich für den Erhalt der sozialen Infrastruktur in unseren Kiezen einstehen! Wir kämpfen für jede Einrichtung, für jedes Angebot und jeden Menschen, der uns braucht!

Fraktion trifft sich zur Klausur

Am Wochenende des 1./2. März 2025 kam die Linksfraktion zur Klausur zusammen. Fraktionsklausuren haben nichts mit Schul- oder Uniklausuren zu tun, sondern sind eine team- und weiterbildende Maßnahme, wo wir uns gemeinsam beraten und zu aktuellen Themen austauschen. Bezirksverordnete, Bürgerdeputierte sowie Vertreter*innen des Bezirksverbandes nahmen dieses Jahr teil.

Im ruhigen Wandlitz setzten wir uns mit den starken Ergebnissen der Linken bei der Bundestagswahl in Pankow auseinander und was sie für unsere Arbeit bedeuten. Von unseren fachpolitischen Sprecher Jurik Stiller lernten wir über bezirkliche Klimapolitik, während Fred Bordfeld und Oskar Lederer von ihrer Reise mit der Ashkelon-Delegation berichteten. Gemeinsam setzten wir unsere poli-



tischen Schwerpunkte für die verbleibende Zeit der Wahlperiode.

Wiedergewählt wurde unser bewährter Fraktionsvorstand mit seiner Doppelspitze aus Maria Bigos und Maximilian Schirmer, sowie den Stellvertreter*innen Wolfram Kempe und Katrin Maillefert.

Herzlichen Glückwunsch!

Regen in Ashkelon

Von Fred Bordfeld und Oskar Lederer, Bezirksverordnete



Nach mehreren kriegsbedingten Verschiebungen konnten wir vom 3. bis 5. Februar 2025 mit einer Delegation unsere Partnerstadt Ashkelon an der Mittelmeerküste nördlich des Gazastreifens besuchen. Unsere zehnköpfige Gruppe bestand aus der Bezirksbürgermeisterin, dem BVV-Vorsteher und Vertreter*innen der Fraktionen.

Vor Ort erhielten wir Einblicke in die Sicherheitslage der Stadt. Im unterirdischen Lage-

Häuser und berichtete eindrücklich von den Leben, die hier traurigerweise ein Ende gefunden haben. Auch die Erzählungen rund um den Angriff auf das Nova Festivalgelände konnten wir bei einem Besuch gut nachvollziehen, die Gedenkstelen für die vielen jungen Menschen dort ließen die große Trauer der Angehörigen erahnen.

Trotz der Bedrohungslage entwickelt sich Ashkelon dynamisch. Die wachsende Stadt mit 150.000 Einwohnenden bietet gute Infrastruktur: Kitas, Schulen, Radwege, Parks, Sportplätze und zwölf Nachbarschaftszentren machen das Leben attraktiv. Ähnlich wie Pankow erschließt Ashkelon viele neue Wohngebiete und es war spannend zu hören, wie man dort mit



raum der Stadtverwaltung erfuhren wir, dass Raketen aus Gaza bereits nach 30 Sekunden die Stadt erreichen. Beim Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wurden zeitgleich etwa 1200 Geschosse auf Ashkelon abgefeuert, von „nur“ 250 im Stadtgebiet niedergingen. Die Erfahrungen dieses Tages prägten den Besuch. Die Delegation besichtigte den Kibbuz Kfar Aza, nur 30 Kilometer von Ashkelon entfernt, wo mehr als 100 Menschen ermordet und zahlreiche als Geiseln verschleppt wurden. Eine Angehörige führte uns durch die zerstörten

den Herausforderungen umgeht und soziale und öffentliche Infrastruktur mitentwickelt. Wir wurden sehr gastfreundlich von den Kolleg*innen in Ashkelon betreut und durften auch kulinarisch einiges probieren, wenn wir abends beim Essen gemeinsam die Geschehnisse des Tages und die Weltlage reflektierten. Zum Abschied durften wir, nach einer dreimonatigen Trockenzeit auch noch den einen oder anderen Regenschauer aushalten. Solange es nur Wasser ist, erträgt Ashkelon dies aber sehr routiniert.

So treten Sie mit uns in Kontakt

Die Linke

Fraktion in der BVV Pankow

Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.



In unseren thematischen Arbeitsgruppen können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren Newsletter? Hier können Sie ihn abonnieren:



Folgen Sie uns auf Social Media:



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2025.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.